

Elfte Sitzung – Onzième séance

Montag, 6. Oktober 1986, Nachmittag
Lundi 6 octobre 1986, après-midi

14.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bundi

Fragestunde – Heure des questions**Frage 23:**

Günter. Strontium-90 im menschlichen Skelett
Strontium-90. Effets sur le corps humain

Seit vielen Jahren bestimmte die Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität Strontium-90 in den Wirbeln verstorbener junger Männer als Mass der Strahlenbelastung der blutbildenden Organe. Diese Untersuchung wurde 1985 eingestellt.

Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass diese wichtige Langzeituntersuchung nach Tschernobyl wieder aufgenommen wird?

Bundespräsident Egli: Zur Frage von Herrn Günter: Im radioaktiven Ausfall nach den Kernwaffenversuchen der sechziger Jahre war die Aktivitätskonzentration von Strontium-90 vergleichbar mit derjenigen von Cäsium-137. Nach Tschernobyl wurden in der Schweiz nur kleine und für die Dosis unbedeutende Strontium-Aktivitäten gemessen. Der Bundesrat wird die Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität beauftragen, Kontrollmessungen durchzuführen.

Question 24:

Cavadini. Verwerfung der Kulturinitiative. Folgen
Rejet de l'initiative sur la culture. Suites

Devant les Chambres et pendant la campagne précédant la votation du 28 septembre 1986, le porte-parole du Conseil fédéral a toujours déclaré qu'un article constitutionnel était indispensable pour fonder et accroître l'action culturelle de la Confédération.

Après le scrutin, le chef du Département de l'intérieur, s'exprimant à la Télévision, affirmait que la chute des deux propositions n'entraînerait aucune conséquence et que la Confédération pourrait poursuivre voire accroître son aide financière à la culture.

Le Conseil fédéral interprète-t-il de cette manière la volonté populaire?

N'est-il pas d'avis au surplus qu'il convient de renoncer à la proposition d'une loi fédérale sur les activités extrascolaires de la jeunesse qu'il entendait fonder sur un article constitutionnel relatif à la culture (cf. message point 614.9)?

Bundespräsident Egli: Herr Cavadini, die Förderung der Kultur durch den Bund hat eine mehr als hundertjährige Tradition. Die ersten Erlasse in diesem Bereich datieren aus den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts, und seither hat der Bund unangefochten Kulturförderung betrieben. Selbst die Gegner eines Kulturartikels haben dem zugestimmt und sind auch einverstanden, dass der Bund mit dieser Tätigkeit fortfährt. Diese Sachlage ermächtigte mich, nach Ausgang der Abstimmung die Erklärung abzugeben, dass sich der Bund auch weiterhin kulturell engagieren wird.

Wie sich der Bund nun im Hinblick auf die künftige Vorlage betreffend ausser-schulische Jugendförderung aus der Affäre zieht, wird sich zeigen. Die Vernehmlassungen wer-

den zur Zeit ausgewertet. Sie werden zu gegebener Zeit auch Mitteilung erhalten.

M. Cavadini: La question que nous voulions poser au Conseil fédéral était la suivante: On nous affirmait qu'un article constitutionnel était nécessaire pour fonder l'intervention de la Confédération dans le domaine de la culture. L'article proposé constitutionnel est tombé. Pourquoi le Conseil fédéral décrit-il son activité comme «croissante». Autrement dit, comment peut-on interpréter une telle déclaration? Pense-t-on qu'une telle attitude puisse encourager le citoyen à considérer son vote comme efficace, puisque, de toute manière, il ne change rien à rien? En effet, qu'il y ait ou non un article, l'activité du Conseil fédéral peut être la même! Ce point-là nous a profondément surpris.

Enfin, en ce qui concerne la loi sur les activités extrascolaires de la jeunesse, nous vous demandons quelle est la nouvelle base constitutionnelle que vous entendez éventuellement préconiser.

Bundespräsident Egli:

1. Die Kulturförderung des Bundes war schon bisher «croissante». Daraus habe ich geschlossen, dass bei der Zustimmung aller Beteiligten – sogar der Gegner – diese Kulturförderung auch in Zukunft zunehmend sein dürfe.

2. Sie deuten an, dass die verfassungsmässige Basis für einen Gesetzeserlass zur ausser-schulischen Jugendförderung fehle. Dazu möchte ich Ihnen zweierlei sagen: Es steht noch nicht fest, dass wir diesen Erlass auch tatsächlich vor die Räte bringen werden. Ferner ist es durchaus möglich, dass dem Bundesrat gelegentlich auch etwas anderes einfällt.

Question 25:

Aubry. Massnahmen gegen den Borkenkäfer. Kredit
Lutte contre le bostryche. Crédit alloué

Le Conseil fédéral va-t-il présenter un décompte détaillé au sujet des 150 millions de francs alloués pour la lutte contre ce bostryche?

Et si oui à quelle date?

Bundespräsident Egli: Frau Aubry, darf ich, bevor ich Ihnen Antwort gebe, zwei Korrekturen zu Ihrer Frage anbringen?

1. Es handelt sich um einen Kredit von 150 Millionen Franken, nicht um einen Kredit von nur 120 Millionen Franken, und zwar auf die Dauer von fünf Jahren.

2. Es handelt sich nicht nur um einen Kredit zur Bekämpfung des bostryche, also des Borkenkäfers, sondern der Kredit wird ganz allgemein zur Behebung von Schäden und zur Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen im Wald verwendet. Der Kredit war Ende August 1986 zu 55 Millionen Franken bezogen. Selbstverständlich werden wir über die Verwendung der Mittel Rechenschaft ablegen, sobald der Kredit völlig ausgeschöpft ist.

Frage 26:

Günter. Verkauf von Getränken in Dosen. Eindämmung
Vente de boissons en boîtes

Zur Zeit sind im Handel riesige Zuwachsraten beim Verkauf von Getränken in Dosen zu verzeichnen.

Noch verzichtet ein Grossverteiler auf die Aufnahme von Getränkedosen ins Sortiment. Aber überall wird das Problem bereits diskutiert.

Ist der Bundesrat bereit, der bedenklichen Entwicklung entgegenzutreten? Erwägt er ein Verbot, oder würde die Lösung mit einem Rücknahmepfand vorgezogen?

Bundespräsident Egli: Auch dem Bundesrat macht die wachsende Zahl von Einwegverpackungen, insbesondere von Getränken, Sorge. Wir sind mit Ihnen einig, dass etwas geschehen muss. Wir überlegen uns, ob mit der Einführung eines Pfandes diesem Missbrauch begegnet werden kann. Nun finden allerdings Verhandlungen mit den Grossverteilern statt, und es zeichnet sich dort eine Bereitschaft ab, künftig auf solche Einwegverpackungen zu verzichten, so dass

eventuell auch ohne ausdrückliche gesetzliche oder verordnungsmässige Bestimmung eine Lösung gefunden werden kann.

Frage 27:

Oester. Diesellabgase. Kontroverse um Messverfahren Gaz d'échappement diesel. Méthodes de mesure controversées

Der VCS-Zeitung Nr. 5/86 ist zu entnehmen, dass sich 19 von 23 stellungnehmenden Kantonen, gleich wie die Umweltorganisationen, für das strengere amerikanische Messverfahren aussprechen. Das Bundesamt für Polizeiwesen hingegen wolle das sogenannte «Reglement Nr. 49 der UNO-Wirtschaftskommission für Europa» anwenden, das weit höhere Abgasgrenzwerte zulässt und u. a. keine Messung der krebsfördernden Russpartikel erlaubt! Wie stellt sich der Bundesrat zu dieser Kontroverse?

Bundesrätin **Kopp**: Das europäische und amerikanische Verfahren für die Abgasmessung von schweren Dieselfahrzeugen sind dem Bundesrat bekannt. Beide Verfahren haben Vor- und Nachteile. Der Bundesrat wird im Rahmen der Beschlussfassung über die zukünftigen Abgasvorschriften für Motorfahrzeuge entscheiden, welches Messverfahren für schwere Motorwagen mit Dieselmotoren anzuwenden sein wird. Er wird seinen Entscheid nach sorgfältiger Prüfung und in voller Kenntnis aller Argumente und Konsequenzen treffen und die Öffentlichkeit darüber informieren.

Frage 28:

Späti. Bekämpfung des Terrorismus. Unterstützung der Massnahmen Frankreichs

Lutte contre le terrorisme. Soutien aux mesures prises par la France

Frankreich ist derzeit von einer Welle von Terroranschlägen betroffen. Als Nachbarstaat kann die Schweiz von einer Ausnahmeregelung in bezug auf verfügte Einreise-Visas profitieren, die wegen der Terrorbekämpfung dekretiert worden sind. Traf der Bundesrat Massnahmen, um die französische Regierung in den Bestrebungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu unterstützen, und in welcher Richtung gehen sie?

Bundesrätin **Kopp**: Die Schweiz hat gemeinsam mit Frankreich ein grosses Interesse an der Bekämpfung des Terrorismus. Die gegenseitige Unterstützung der zuständigen Abwehrorgane ist in diesem Kampf selbstverständlich und alltäglich. Sie spielt sich vorab in den Formen des Informationsaustausches und der Amtshilfe ab. Die Zusammenarbeit mit Frankreich bereitet keine Probleme. Ueber konkrete Massnahmen der internationalen Terrorismusbekämpfung kann keine Auskunft gegeben werden, damit ihre Wirksamkeit nicht in Frage gestellt wird.

Frage 29:

Späti. Bekämpfung des Terrorismus. Schutz der Synagogen

Lutte contre le terrorisme. Protection des synagogues

Bei einem Anschlag auf eine Synagoge in Istanbul waren 23 Todesopfer zu beklagen. Viele Menschen wurden verletzt, die sich zur Zeit des Anschlages in der Synagoge aufhielten. Informationen zufolge sollen Vorbereitungen zu diesem Anschlag teilweise in der Schweiz getroffen worden sein. Sind Massnahmen getroffen worden, um die jüdischen Mitbürger in unserem Land in ihren Gotteshäusern zu schützen und ihnen damit – wie auch den anderen Religionen – die Sicherheit in der Ausübung ihres Glaubens zu gewährleisten?

Bundesrätin **Kopp**: Weder die schweizerischen noch – wie die Abklärungen ergeben haben – die in Pressemeldungen erwähnten ausländischen Abwehrorgane verfügen über Informationen, wonach der Anschlag auf die Synagoge von Istanbul in der Schweiz geplant worden sei. Der Schutz der

Einwohner unseres Landes gegen Gewalttaten ist in erster Linie den kantonalen und kommunalen Polizeibehörden übertragen. Diese treffen, unbesehen der Zugehörigkeit schutzbedürftiger Personen oder Personengruppen zu bestimmten Religionsgemeinschaften, die erforderlichen Massnahmen zur Abwehr drohender Gefahren. Solche Massnahmen werden denn auch entsprechend der jeweiligen Gefährdungslage für die jüdischen Mitbürger in unserem Land getroffen.

Question 30:

Pitteloud. Asylgesetz. Ausweitung von Artikel 13

Loi sur l'asile. Extension de l'article 13

Les autorités genevoises ont annoncé le 15 juillet 1986 l'ouverture d'un centre pour candidats à l'asile situé à l'intérieur de la zone de sécurité de l'aéroport de Cointrin. Depuis cette date tous les candidats à l'asile qui s'annoncent sans avoir franchi régulièrement la frontière y sont conduits par la police pour y subir la procédure prévue à l'article 13 de la loi sur l'asile. Or c'est la Confédération qui assume la responsabilité de la police des frontières et des décisions fondées sur ledit article.

- Comment le Conseil fédéral explique-t-il ce changement de procédure avant même l'entrée en vigueur de la nouvelle loi et alors que le référendum la contestant a abouti

- et sous quelle forme l'autorité fédérale exerce-t-elle son contrôle sur cette extension de l'article 13 à ceux qui ont pénétrés irrégulièrement dans le canton de Genève?

Bundesrätin **Kopp**: Die Empfangsstelle für Asylbewerber auf dem Flughafen Genf-Cointrin ist eine Einrichtung des Kantons Genf. Die Kantone sind frei in der Wahl des Ortes, an dem sie die Asylverfahren durchführen. Gegenwärtig werden in dieser Empfangsstelle grundsätzlich zwei Verfahren durchgeführt: einerseits das Verfahren an der Grenze für diejenigen Asylbewerber, die per Flugzeug eintreffen, und andererseits das Verfahren im Inland für Asylbewerber, die die Schweizer Grenze illegal überschritten haben und anschliessend an diese Empfangsstelle verwiesen worden sind.

Aus der Sicht der Genfer Behörden stellt die Errichtung dieser zentralen Empfangsstelle eine Massnahme dar, um dem immer häufiger werdenden illegalen Grenzübertritt von Ausländern und späteren Asylbewerbern zu begegnen. Diese Massnahme ist um so verständlicher, als Ausländer, die in der Schweiz ein Asylgesuch einzureichen beabsichtigen, keine Veranlassung haben, unsere Grenzen illegal zu überschreiten, da sie ja im unmittelbar angrenzenden Nachbarland nicht an Leib und Leben bedroht sind und demzufolge ihr Asylgesuch an der Grenze stellen können.

Das Asylverfahren an der Grenze und im Inland erfolgt aufgrund von Artikel 13 und 14 des geltenden Asylgesetzes. Der Bund entscheidet aufgrund von Artikel 5 der Asylverordnung oder von Artikel 19 des Asylgesetzes über die Einreise beziehungsweise den Verbleib eines Gesuchstellers in der Schweiz. Die zweite Asylgesetzrevision wird dadurch in keiner Weise vorweggenommen.

Mme **Pitteloud**: Je constate que vous avez beaucoup de compréhension pour le point de vue des autorités cantonales genevoises. Cependant, je ne comprends pas un point de votre réponse. C'est pourquoi je répète ma question de façon plus précise: Le centre de Cointrin est-il ou non régi par la procédure prévue aux frontières selon l'article 13? Dans ce cas, des fonctionnaires fédéraux y sont-ils prévus? Enfin, les requérants qui entreraient illégalement peuvent-ils être refoulés au poste-frontière de Cointrin, qui est la thèse actuelle du Conseil d'Etat, ou ce problème est-il régi par la procédure prévue à l'article 14, soit à l'intérieur du pays?

Bundesrätin **Kopp**: Es ist nicht vorgesehen, einen Beamten des Bundes nach Genf zu delegieren, nachdem die Verbindung zwischen Genf-Cointrin und unserem Amt während 24 Stunden pro Tag sichergestellt ist. Ueber die Auslegung von Artikel 13 besteht eine Differenz: Bestimmte Rechtslehrer

unterstützen die Auslegung der Genfer Behörden, andere diejenige der Bundesbehörden; das Bundesgericht wird demnächst einen konkreten Fall zu entscheiden haben.

Question 31:

Rebeaud. Sendungen der Abteilung «Presse und Funkspruch»

Emissions diffusées par la «Division Presse et Radio»

La Division Presse et radio prévoit de diffuser en novembre des émissions sur les ondes de la SSR, à propos des manoeuvres du 4e corps d'armée. Cet exercice inhabituel a provoqué une certaine inquiétude dans les organisations professionnelles des journalistes.

Le Conseil fédéral prévoit-il des mesures pour éviter que le public ne croie qu'il s'agit d'émissions normales de la SSR, et, si ou, lesquelles?

Bundesrätin **Kopp**: Es ist für den Bundesrat eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Programme der Abteilung Presse und Funkspruch (APF) deutlich von jenen der SRG unterscheiden müssen, dies sowohl im Interesse der Öffentlichkeit als auch im Interesse der SRG und der APF. Konkret begegnet man Verwechslungen und Unsicherheiten mit folgenden Massnahmen:

1. Die Öffentlichkeit wurde durch das EJPD bereits im August dieses Jahres erstmals auf die Radio- und Fernsehsendungen der APF aufmerksam gemacht.
2. Am 22. September hat der Bundesrat im Zusammenhang mit der Antwort auf eine Eingabe des Verbandes Schweizer Journalisten die Medien erneut darüber orientiert.
3. Die APF hat vor rund 10 Tagen Pressekonferenzen in Zürich, Genf und Lugano durchgeführt. Die Medien haben ausführlich, meist mit Angaben der Sendezeiten, über die geplanten Sendungen orientiert.
4. Das EJPD wird nochmals die genauen Sendezeiten jenen Stellen mitteilen, die ihrerseits von der SRG mit den Radio- und Fernsehprogrammen beliefert werden.
5. Die einzelnen Sendungen beginnen und enden mit einem speziellen Signet.
6. Im Fernsehen treten die Angehörigen der APF in Uniform auf; zusätzlich wird mit anderen optischen Mitteln für eine Abgrenzung zu den SRG-Programmen gesorgt. Die TV-Sprecher werden die nötigen Erklärungen abgeben.
7. Im Radio wird während der Sendungen regelmässig darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um ein APF-Programm handelt.
8. Die APF wird Telefonnummern und Adressen bekanntgeben, bei denen sich Zuhörer und Zuschauer informieren können.

Question 32:

Soldini. Einschleusung von Schwarzarbeitern
Trafic de travailleurs clandestins

Depuis plusieurs mois, des filières constituées de passeurs suisses et étrangers utilisent les trous de la frontière - emmenthal helvétique pour introduire illégalement et contre fructueuse rémunération, des milliers de travailleurs clandestins, turcs notamment, sur notre territoire.

Je demande au Conseil fédéral

Que compte faire le Conseil fédéral pour stopper cet afflux inadmissible de nouveaux immigrants; que pense-t-il entreprendre pour démanteler les réseaux existants et pour traquer les individus responsables de telles pratiques qui causent un tort considérable à la bonne réputation de la Suisse et comment peut-il intervenir pour mettre hors d'état de nuire les «négriers des temps modernes» qui sévissent impunément dans plusieurs de nos cantons?

Bundesrätin **Kopp**: Mit der am 17. September 1986 verabschiedeten Botschaft über eine Ergänzung der Strafbestimmungen im ANAG schlägt der Bundesrat insbesondere auch strengere Bestrafung der Schlepper vor. Ueber weitere Vorgehen, die in diesem Zusammenhang getroffen werden können, gibt die veröffentlichte Botschaft Auskunft.

Frage 33:

Segmüller. Private Kulturförderung. Fiskalische Anreize
Aide privée à la culture. Incitations fiscales

Nach der Ablehnung eines Kulturartikels auf Verfassungsebene frage ich den Bundesrat an, ob die vom Nationalrat überwiesene Motion zur Schaffung fiskalischer Anreize für die private Kulturförderung bei der direkten Bundessteuer überhaupt verwirklicht werden kann, da sie sich nun lediglich auf die Bundessteuergesetzgebung wird abstützen können.

Bundesrat **Stich**: Nach der Ablehnung eines Kulturartikels fehlt dem Bund weiterhin eine allgemeine Gesetzgebungs- und Förderungskompetenz für kulturelle Belange. Die bisherige Rechtsgrundlage bleibt somit bestehen. Deshalb behalten auch die Äusserungen des Bundesrates in der Botschaft über die Steuerharmonisierung sowie im Geschäftsbericht 1985 zur Motion weiterhin ihre Gültigkeit. Dies ist insbesondere auch dort der Fall, wo sich die Botschaft gegen die steuerliche Förderung verschiedener ausserfiskalischer Zielsetzungen ausspricht, denn der Zweck der Steuergesetze ist die Beschaffung von Fiskaleinnahmen und nicht die Ausrichtung von Subventionen mittels Steuererleichterungen.

Frau **Segmüller**: Ich danke für die Antwort von Herrn Bundesrat Stich. Ich bin aber nicht ganz zufrieden. Ich möchte präzisieren, ob diese vermehrte Kulturförderung, die im Vorfeld der Abstimmung über Kulturartikel und Gegenvorschlag strittig war, möglich ist, wenn die Abstützung für die Kulturförderung in der Verfassung *expressis verbis* fehlt. Kann diese Motion verwirklicht werden, ja oder nein? In den beiden Botschaften fanden sich widersprüchliche Aussagen: in derjenigen über die Kulturinitiative hiess es, dass es diese Abstützung eigentlich gar nicht brauche, in der Botschaft über die Bundessteuergesetzgebung heisst es, dass ausserfiskalische Ziele nur verwirklicht werden können, wenn der Bund die ausdrückliche Kompetenz zur Förderung in diesen Bereichen hat. Jetzt haben wir das doppelte Nein, da steht doch diese Motion jetzt eventuell in der Luft. Ich hätte deshalb gerne eine ganz präzise Antwort.

Bundesrat **Stich**: Ich gebe Ihnen die Antwort so präzise wie nur möglich. Das Harmonisierungsgesetz steht jetzt zur Diskussion bei den eidgenössischen Räten. Sie werden also selber entscheiden, was zu tun ist. Der Bundesrat lehnt grundsätzlich die Förderung durch Steuererleichterungen ab, weil er das als Verteilen von Subventionen nach dem Giesskannenprinzip betrachtet und dies nicht schätzt. Auf der andern Seite aber zieht der Bundesrat aus der Ablehnung der Kulturinitiative und des Gegenvorschlages nicht den Schluss, er habe keine Kompetenz, irgendetwas zu tun. Sie werden deshalb im Budget des nächsten Jahres sehen, dass wir insgesamt 22 Prozent mehr für kulturelle Belange aufwenden werden – aber direkt, nicht nach dem Giesskannenprinzip.

Question 34:

Robbiani. Schlepperorganisationen im Tessin
Filières au Tessin

En quinze jours, la police cantonale tessinoise a refoulé 225 Turcs qui étaient entrés clandestinement en Suisse. Elle a également arrêté 30 personnes (originaires du Tessin, d'Italie et de Turquie) pour «contrebande d'hommes». La découverte de cette traite d'émigrants clandestins a donné lieu à une enquête de la police. Un journal romand, «La Tribune de Genève», a remonté la filière, allant même jusqu'à traverser la frontière à Chiasso et dans le Mendrisiotto, pour finalement démontrer que ce réseau n'était pas aussi clandestin qu'on le pensait.

Bien qu'il soit impensable de placer l'ensemble de la frontière italo-suisse (250 km au Tessin) sous étroite surveillance, ne pourrait-on pas renforcer les contrôles, grâce à l'augmentation du nombre des gardes frontalières et, si nécessaire, à l'utilisation d'hélicoptères et de chiens, afin de

mettre un terme à cet ignoble trafic d'êtres humains? Ne conviendrait-il pas que la Confédération fournisse des moyens d'action supplémentaires à la police tessinoise?

Bundesrat Stich: Die illegal eingereisten Türken wurden durch die Tessiner Polizei auf den Hauptachsen im Landesinnern und durch die Grenzwaache direkt an der Grenze angehalten. Die durch die Grenzwaache angehaltenen Personen werden der Polizei übergeben. Die günstigsten Orte, die für illegale Einreisen in die Schweiz benützt werden, sind zahlreich und bekannt. Bereits im Herbst 1985, als sich die Situation im Asylbereich verschärft hatte, wurde die Tätigkeit der Grenzwaache mehr auf die grüne Grenze und auf die Nachtstunden verlegt. Trotzdem kann im Rahmen der personellen Möglichkeiten nur ein Bruchteil der neuralgischen Punkte gleichzeitig überwacht werden. Hilfsmittel wie Schutzhunde und Helikopter werden gezielt eingesetzt. Helikoptereinsätze sind jedoch nur bei Tag und abseits des überbauten Gebietes sinnvoll. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Grenzwaache ist sichergestellt. Gemeinsame Aktionen werden vor allem im Bahnhof Chiasso durchgeführt. Der Bestand des Grenzwachtkorps im Tessin wurde in den letzten vier Jahren um 7 Prozent erhöht. Wegen der Stellenplafonierung ist eine weitere Verstärkung nicht möglich, abgesehen von den heute schon bestehenden Rekrutierungsschwierigkeiten.

Frage 35:

Feigenwinter. Stempelsteuer – Droits de timbre

Im Zusammenhang mit der Kommentierung steuerlicher Deregulationsmassnahmen für bestimmte Bankgeschäfte soll der Pressesprecher des Eidgenössischen Finanzdepartementes laut Agenturberichten erklärt haben, der Bundesrat sehe keine weitergehenden Erleichterungen im Stempelsteuersektor gemäss der vom Nationalrat und vom Ständerat überwiesenen Motion Feigenwinter vor. Wie stellt sich der Bundesrat zu dieser Äusserung? Bis zu welchem Zeitpunkt gedenkt der Bundesrat allenfalls den verpflichtenden Auftrag des Parlamentes zu erfüllen?

Bundesrat Stich: Im Zusammenhang mit den kürzlich angekündigten Erleichterungen bei der Umsatzabgabe auf Euro-Emissionen, der Verrechnungssteuer auf Guthaben unter Banken sowie bei der Warenumsatzsteuer hat der Pressesprecher des Finanzdepartementes lediglich die Haltung des Bundesrates resümiert. Danach sind von den drei neuen Massnahmen positive Auswirkungen auf den Finanzplatz zu erwarten. Gleichzeitig halten sich die dem Bund erwachsenden Ausfälle in vertretbaren Grenzen.

Von den anderen Forderungen, die in der Motion von Herrn Feigenwinter wie auch in der Motion der freisinnig-demokratischen Fraktion figurieren, lässt sich Ähnliches leider nicht sagen, weil die Einnahmehausfälle sehr gross wären. Es ist auch daran zu erinnern, dass weitere gewichtige Begehren hängig sind, welche unter anderem die Besteuerung der juristischen Personen betreffen. Unter diesen Umständen erachtet der Bundesrat weitergehende Erleichterungen im Bereich der Stempelsteuern nur als verantwortbar, wenn es gelingt, einen Konsens über realistische Kompensationsmöglichkeiten zu finden. Der Bundesrat ist bereit, die Gespräche darüber mit den betroffenen Kreisen weiterzuführen. Da die Konsensfindung jedoch noch einige Zeit beanspruchen dürfte, kann eine entsprechende Vorlage an das Parlament nicht für die allernächste Zeit versprochen werden.

Feigenwinter: Nachdem es in letzter Zeit im Bundeshaus ein bisschen üblich geworden ist, «politics by interview» zu betreiben, könnte ich eigentlich auf eine weitere Beantwortung meiner Fragen verzichten. Ich konnte in der «Schweizerischen Handelszeitung» am Wochenende lesen, was Herr Bundesrat Stich offenbar namens des Bundesrates ausgeführt hat. Das ist nicht genau das gleiche, was der Pressesprecher gesagt hat. Denn er hat erklärt, der Bundesrat sehe

keine weiteren Massnahmen im Sinne der Motion Feigenwinter vor.

Nun wurde im Oktober 1985, im Ständerat im März 1986, diese Motion überwiesen. Ich frage Herrn Bundesrat Stich folgendes:

1. Ist er nicht auch der Meinung, dass das ein verpflichtender Auftrag für den Bundesrat ist? Die Motion spricht nämlich nicht von Kompensationen.

2. Betrachtet Herr Bundesrat Stich nicht auch den Umstand als Kompensation, dass wir Stempelsteuereinnahmen von über 1,85 Milliarden Franken haben, Valuta 30. September? Im Budget stehen genau diese 1,85 Milliarden. (*Glocke des Präsidenten:* Präsident: Sie dürfen nur eine Zusatzfrage stellen.)

Nur noch ein Satz: Wir werden dieses Jahr 2,5 Milliarden Einnahmen aus der Stempelsteuer haben. Warum meint Herr Bundesrat Stich, dass Kompensationen im weiteren Umfang notwendig seien?

Bundesrat Stich: Zuerst ist festzuhalten, dass das, was der Pressesprecher gesagt und Herr Feigenwinter gelesen hat, offenbar nicht ganz dasselbe ist; das kommt gelegentlich vor. Deshalb schadet es nicht, wenn man manchmal auch via Interview gewisse Dinge richtigstellt, Herr Feigenwinter. Der Bundesrat betrachtet eine Motion durchaus als zwingend, wenn sie von beiden Räten überwiesen ist. Hingegen hat er gewisse Möglichkeiten der Durchführung. Wenn Sie keine Kompensation fordern, dann ist doch festzuhalten, wie Sie selbst gesagt haben, dass wir in diesem Jahr ungefähr 2 Milliarden, also rund 10 Prozent aller Bundeseinnahmen, durch Stempelsteuern erreichen. Hinzu kommt, dass eine weitere Motion vorliegt, die den Ausgleich der Taxe occulte verlangt. Auch hier muss zweifellos eine Kompensation in der Höhe zwischen 1 und 2 Milliarden gefunden werden. Das ist zu einfach, Herr Feigenwinter, den Wegfall der Stempelabgaben zu verlangen, ohne gleichzeitig auch zu sagen, wer nachher bezahlen soll. Ich halte es nicht für möglich, die 2 Milliarden aus den Stempelabgaben plus die 1 bis 2 Milliarden für den Ausgleich der Taxe occulte einfach auf die Verbrauchssteuern abzuwälzen. Leider ist es nicht ganz so einfach. Deshalb müssen Sie sich gedulden, bis wir Lösungen gefunden haben, die für die Wirtschaft und für die Betroffenen, aber auch für die übrigen Steuerzahler akzeptabel sind.

Question 36:

Grassi. Vereinbarung am Ministertreffen des Gatt. Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaftspolitik

Accord conclu lors de la conférence ministérielle du Gatt à Punta del Este. Effets sur notre politique économique

Quelles répercussions l'accord conclu lors de la conférence ministérielle du Gatt à Punta del Este aura-t-il à long terme sur la politique économique de la Suisse?

Bundesrat Furgler: Der Inhalt der Gatt-Erklärung von Punta del Este bildet weltweit die Eröffnung einer neuen Handelsrunde, der sogenannten Uruguay-Runde. Der Bundesrat ist überzeugt, dass dieser Entschluss auch für unser Land von grosser Bedeutung ist. Es handelt sich nicht nur um den Handel mit Waren, sondern neu auch um den Handel mit Dienstleistungen. Wenn man die volkswirtschaftliche Entwicklung in allen Ländern verfolgt und auch die Verzerrungen analysiert, die durch Protektionismus offensiv und defensiv miteinflussen in diese Volkswirtschaften, ist man bei uns in der Regierung, aber offensichtlich auch bei den Partnerstaaten, zur Ueberzeugung gekommen, dass man die Gatt-Organisation stärken muss. Zwar ist noch keine materielle Vorentscheidung getroffen worden. Dies wird einer drei-, vier-, vielleicht fünfjährigen Verhandlungsrunde vorbehalten bleiben. Ich kann demzufolge auch über allfällige Resultate noch nichts Verbindliches sagen, aber allgemein möchte ich den Stellenwert der Vereinbarungen von Punta del Este wie folgt umschreiben:

Das Gatt ist nach wie vor zusammen mit EFTA und Freihandelsabkommen eines der wichtigsten Elemente unserer

Aussenhandelspolitik. Als stark exportorientiertes Land – ich durfte Ihnen letzte Woche einmal mehr sagen: jeder zweite Franken stammt aus dem Export – sind wir am Gatt brennend interessiert. Deshalb haben uns auch diese protektionistischen Verzerrungen stark betroffen. Die in Wirtschaft und Handel seit nunmehr bald 40 Jahren – seit der Gründung des Gatt – eingetretenen Veränderungen drohen die gesamte Gatt-Vertragswelt zu unterlaufen, in einen enormen Widerspruch hineinzuführen zwischen Norm und Wirklichkeit.

Die beschlossenen Verhandlungen haben nun ausdrücklich zum Ziel, das Gatt-System, seine Regeln, seine Verhandlungsmechanismen, den heutigen Gegebenheiten anzupassen, um die Verzerrungen zu beseitigen und so seine Wirksamkeit zu stärken. Wir sind zuversichtlich, dass damit der Zusammenbruch des ganzen Gatt-Werkes vermieden werden konnte. Die Schweiz hat, wie Sie wissen, schon in der Vorbereitungsphase – hier bedanke ich mich bei allen Mitarbeitern in Genf und hier im Bawi – durch die Erarbeitung des Papiers W-47, das wir zusammen mit Kolumbien einbrachten, die eigentliche Marschroute abstecken helfen, die von der ganzen Konferenz übernommen worden ist.

Somit entspricht die Erklärung von Punta del Este voll und ganz unseren Interessen. Sie bietet uns eine Chance, unsere klare, offene Handelspolitik weiter zu verfolgen und auf breiter Front – so hoffe ich – zum Erfolg zu führen. Eine der Gefahren für uns besteht ja darin, dass Grossmächte zu bilateralen Absprachen kamen – je länger, je mehr –, dass Quotenregelungen für fast die Hälfte aller Waren – beispielsweise Autos – beschlossen worden sind und dass wir damit je länger, je mehr befürchten mussten, ins Abseits zu geraten.

Je stärker das multilaterale System, um so zuversichtlicher sind wir für eine echte Gleichbehandlung aller Länder. Das gilt für die Industriestaaten, aber das gilt auch für die Kooperation mit den Entwicklungsländern. Das war ja mit ein Grund, weshalb wir zusammen mit Kolumbien dieses Papier einbrachten. Es genügt nicht mehr, nur unter den Industriestaaten oder unter den Entwicklungsländern Gruppen zu bilden. Man muss zusammenarbeiten, um unsere eigenen bzw. die Handelsinteressen jedes einzelnen Landes mit dem Interesse der ganzen Völkergemeinschaft in Einklang zu bringen.

Frage 37:

Stamm Walter. Arbeitsgruppe Rebbaubeschluss. Zusammensetzung

Arrêté fédéral sur la viticulture. Composition du Groupe de travail

Die vom EVD eingesetzte Arbeitsgruppe soll bis Ende Juni 1987 prüfen, in welcher Form der Rebbaubeschluss zu erneuern ist und welche Bestimmungen des Weinstatuts geändert werden müssen.

Bei der Zusammensetzung der Kommission wurden alle interessierten Kreise berücksichtigt mit Ausnahme jener, welche die Aspekte der Volksgesundheit insbesondere vertreten.

a) Weshalb diese Auslassung?

b) Kann diese Unterlassung noch korrigiert werden?

Bundesrat Furgler: Ich darf Herrn Stamm versichern, dass wir bei allen Fragen, die mit dem Wein, mit den Trauben, zusammenhängen, auch der Volksgesundheit grösste Beachtung schenken. Die von uns gegründete Kommission – Arbeitsgruppe Rebbaubeschluss – wird durch die verschiedenen Mitglieder, aber auch durch den Beizug unserer Ämter, also je nach Lage auch des Gesundheitsamtes – neben der Abteilung für Landwirtschaft und den Versuchsanstalten –, dafür Sorge tragen, dass der Volksgesundheit der nötige Stellenwert zukommt. Sie haben ohne Zweifel festgestellt, dass wir schon mit den Entscheiden im Juli für fünf Jahre auch je 30 Millionen Franken für die alkoholfreie Verwertung der Trauben eingesetzt haben. Die Mitteilung hierüber kam einem nicht besonders gut orientierten – aber das ist die Ausnahme – Journalisten erst letzte Woche unter

die Finger, weshalb er dann eine Meldung lancierte, wir hätten das Parlament umgangen. Das tun wir ja nie. Wir haben im Juli bekanntgegeben, dass fünf Jahre lang mit je 30 Millionen Franken Trauben alkoholfrei verwertet werden sollen, dazu werden noch 7 Millionen für die industrielle Verwertung und 380 000 Franken *per annum* für die Exportförderung eingesetzt.

Ich bin überzeugt, dass in dieser Richtung alles vorgekehrt ist, um Ihre Sorge überflüssig werden zu lassen. Wir werden Ihren Standpunkt mitberücksichtigen.

Frage 38:

Rechsteiner. Sanktionen gegen Südafrika. Verhinderung von Umgehungsgeschäften über die Schweiz
Sanctions contre l'Afrique du Sud. Opérations de détournement par la Suisse

Am 22. September hat es der Bundesrat einmal mehr abgelehnt, sich an Sanktionen gegen das Apartheid-Regime zu beteiligen. Gleichzeitig hat der Bundesrat jedoch angekündigt, «Massnahmen zu prüfen, damit das Gebiet der Schweiz nicht dazu missbraucht wird, die Sanktionen von Drittstaaten zu umgehen».

Was hat der Bundesrat nach den Sanktionsbeschlüssen der EG, der USA und Japan konkret vorgekehrt?

Bundesrat Furgler: Wir haben im Bundesrat gegenüber Südafrika eine ganz klare Politik. Sie ist Ihnen bekannt. Sie lautet, dass wir die Apartheid-Politik in jeder Form ablehnen. Sie führt mit Bezug auf wirtschaftliche Daten dazu, dass wir uns nicht für Sanktionen erwärmen können, weil wir deren Nutzen bis jetzt in der gesamten Entwicklung der Beziehungen zwischen den Völkern nicht feststellen konnten.

Konkrete Vorkehrungen würden sich aufdrängen, falls wir konstatieren sollten, dass gegen Südafrika gerichtete Massnahmen einer grossen Zahl von westlichen Industriestaaten über unser Land umgangen würden. Wir haben für solche Drehscheibenfunktionen nie etwas übrig gehabt, und ich versichere Ihnen, Herr Rechsteiner, dass wir auch jetzt durch unsere Ämter, die die Handelsbeziehungen beobachten, uns selbst in die Lage versetzen festzustellen, ob diese saubere Politik durchgehalten wird.

Wir haben heute, da ich Ihnen antworten darf, keinerlei Anhaltspunkte, dass die Schweiz als Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte dient, weder mit Bezug auf Waffenexporte, die in fast allen Ländern verboten sind, noch im Bereich des Exports von Nukleargütern oder Computerausrüstungen für die Armee und die Polizei, deren Ausfuhr letztes Jahr von den USA, von der EG und Japan untersagt worden ist.

Mit Blick auf Import kennen Sie unsere Politik. Aufgrund des in verschiedenen Ländern in Kraft stehenden Einfuhrverbotes für Krügerlands sind die schweizerischen Importe solcher Münzen schon vor dem vor zwei Wochen erlassenen EG-Importverbot zusammengeschrumpft.

Sie verfolgen also eine klare, überblickbare, saubere Politik. Wir liegt im Interesse unseres Landes. Wir werden Sie jederzeit nach Wunsch informieren können.

Question 39:

Aubry. Radio- und Fernsehkonzession. Erhöhung der Taxen

Concession radio et TV. Hausse des taxes

Que pense le Conseil fédéral de la nouvelle proposition de hausse des taxes de la concession radio et télévision et pour laquelle aucune base juridique n'existe encore?

Bundesrat Schlumpf: Bis heute haben wir von der SRG noch kein Gesuch um Bewilligung einer Gebührenerhöhung erhalten. Es muss vom Bundesrat geprüft und gegebenenfalls genehmigt werden. Uebrigens ist jetzt auch der Preisüberwacher anzuhören, nach Artikel 14 des Preisüberwachungsgesetzes vom Dezember 1985. Wir werden, wenn ein Gesuch kommt, es Herrn Guntern zur Stellungnahme unterbreiten. Zur Rechtslage ist zu beachten, dass das Bundesgericht in einem Urteil vom Jahre 1983 die Legitimation der PTT – sie war damals bestritten – bestätigte, Gebühren für

die Radio- und Fernsehhörfunkkonzession einzuziehen. Die PTT ziehen sie ja ein und geben einen Anteil nach dem geltenden Schlüssel 30/70 an die SRG weiter. Es bestehen also rechtlich keine Schwierigkeiten. Eine Erhöhung wird zu prüfen sein, wenn ein Gesuch eingeht.

Frage 40:

Oehen. Grönland. Energiepotential Groenland. Potentiel énergétique

Grönlandkraftwerke (in Verbindung mit der Wasserstofftechnologie) scheinen in wissenschaftlich-technischen Studien immer mehr an Bedeutung zu gewinnen.

In jüngster Zeit sind von verschiedenen Seiten ernstzunehmende Bemühungen zu registrieren, vom dänischen Staat entsprechende Konzessionen zu erhalten.

Welche Massnahmen hat der Bundesrat bereits getroffen oder in Bearbeitung, um für die Schweiz – direkt oder indirekt – einen angemessenen Teil dieses Energiepotentials zu sichern?

Bundesrat Schlumpf: Der Bundesrat hat bisher keine Massnahmen in die Wege geleitet oder getroffen, um die Schweiz bei einer allfälligen Ausbeutung grönländischer Wasserkraft zu partizipieren zu lassen. In den Rahmen der Untersuchungen über Möglichkeiten, Voraussetzungen und Auswirkungen eines Ausstieges aus der Kernenergie – worüber Sie ja in dieser Woche noch diskutieren werden – wird auch diese Frage mit einzubeziehen sein. Es ist allerdings daran zu denken, dass die Nutzung grönländischer Energiepotentiale – also hydraulischer Energiequellen – nach heutiger Kenntnis der Sachlage eine besondere Wasserstoffbewirtschaftung notwendig macht, um die Energie über weite Strecken transportieren zu können.

Technische, wirtschaftliche, ökologische und politische Abklärungen werden zeigen müssen, ob eine Verwirklichung tatsächlich möglich ist und eine Nutzung auch für ein Land wie die Schweiz in Betracht fallen könnte.

Frage 41:

Ruf-Bern. PTT-Räume. Missbrauch für politische Zwecke Ruf-Berne. Locaux des PTT. Utilisation abusive à des fins politiques

Anlässlich des Jubiläums ihrer 50jährigen Tätigkeit hat die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (eine privatrechtliche Organisation) im August 1986 in der Fraumünsterpost in Zürich eine Ausstellung zur Asylantenproblematik durchgeführt.

Wie stellt sich der Bundesrat grundsätzlich zur Verwendung von Räumlichkeiten der PTT (auch der SBB) für politische Propaganda-Zwecke? Ist der Bundesrat willens und in der Lage, derartige missbräuchliche Benutzungen von Räumen der Regiebetriebe des Bundes inskünftig zu unterbinden?

Bundesrat Schlumpf: Die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe in Zürich ist eine vom Bund anerkannte Dachorganisation. Sie wird vom Bund finanziell unterstützt. Ihre Tätigkeit besteht zur Hauptsache darin, die Arbeiten der verschiedenen Hilfswerke, die sich in unserem Lande der Probleme der Flüchtlinge annehmen, zu koordinieren. Nach den Statuten befasst sich diese Zentralstelle ausschliesslich mit Personen, welche über einen vom Bund anerkannten Flüchtlingsstatus verfügen. Die zum 50-jährigen Jubiläum dieser Organisation gezeigte Ausstellung hat ausschliesslich informativen Charakter. Sie enthält keinerlei politische Propaganda, sondern wollte einen Ueberblick über das geben, was in der Schweiz seit 1936 auf dem Gebiete der Hilfe für Flüchtlinge getan worden ist.

Von einer Verwendung von Räumlichkeiten der Regiebetriebe – im vorliegenden Falle also der PTT – für politische Propaganda kann deshalb nicht die Rede sein.

Ruf-Bern: Sie haben sich nun relativ elegant um die Beantwortung der Grundsatzfrage zu drücken versucht, Herr Bundesrat Schlumpf, wie es grundsätzlich mit der Verwendung von PTT-Räumlichkeiten für politische Informationszwecke

stehe. Sie sagen, im vorliegenden Fall seien keine Propagandazwecke im Spiel gewesen, sondern es habe sich um eine Informationsausstellung gehandelt.

Könnte man in PTT- und SBB-Räumlichkeiten nicht beispielsweise auch Ausstellungen über die Armee durchführen, um die Armee dem Bürger näher zu bringen? Wie steht es grundsätzlich mit dieser Möglichkeit, und wie sieht es mit den Rechtsgrundlagen für die Beurteilung dieser Frage aus?

Bundesrat Schlumpf: Eleganz ist nicht meine Stärke – eher vielleicht Prägnanz und Einfachheit in der Ausdrucksweise; das ist eine Eigenschaft eines Berglers.

Deshalb habe ich, Herr Ruf, einfach zu Ihrer Frage Stellung genommen, ob das, was hier gemacht wurde, nicht Propaganda gewesen sei. Sie haben dann die Frage erweitert, ob grundsätzlich für politische Zwecke Räume zur Verfügung gestellt werden könnten. Ich kann Ihnen dazu sagen: Für politische Zwecke oder Propagandazwecke werden solche Einrichtungen oder Räumlichkeiten nicht zur Verfügung gestellt, weder in diesem noch in andern Fällen.

Hier ging es auch nicht um einen solchen Zweck. Es war eine Präsentationsausstellung ohne politische Propaganda. Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Ausstellungen im Interesse unserer Armee wären in keiner Art und Weise als politische Propaganda zu bezeichnen und deshalb in keiner Weise missbräuchlich. Sie wären durchaus legitim; ich stünde nicht an, solche Ausstellungen jederzeit auch zu bewilligen.

Frage 42:

Meier Fritz. Referendum Asylgesetz – ANAG. Datum der Volksabstimmung

Référendum contre la loi sur l'asile et la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers. Date de la votation populaire

Welche Daten sind für die Volksabstimmung vorgesehen?

Bundeskanzler Buser: Die Referendumsbogen gegen die Revision des Asylgesetzes und des ANAG sind der Bundeskanzlei letzte Woche abgegeben worden. Nach den Angaben des Komitees handelt es sich um 60 000 Unterschriften. Zahl und Gültigkeit werden derzeit vom Statistischen Amt abgeklärt. Sobald der Bericht des Amtes vorliegt und die Bundeskanzlei das Zustandekommen des Referendums formell festgestellt hat, kann das Geschäft dem Bundesrat zur Ansetzung des Abstimmungstermins unterbreitet werden. Dafür kommt, mit Rücksicht auf die minimalen Fristen für die Vorbereitung eidgenössischer Abstimmungen, frühestens der 5. April 1987 in Frage.

Question 43:

Grassi. Dienstverweigerung aus Gewissensgründen. Stand der Arbeiten

Objection de conscience. Etat des travaux

Je demande au Conseil fédéral à quel point se trouve la solution du problème de l'objection de conscience.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le 26 février 1984, pour la deuxième fois en six ans, le peuple et les cantons se sont prononcés contre l'introduction d'un service civil. Le 4 juin 1984, le Conseil fédéral a fait part de ses intentions dans ce domaine en répondant à différentes interventions parlementaires. Il a précisé que l'on ne saurait attendre de lui qu'il propose un nouveau modèle de service civil.

En revanche, il tentera de trouver des solutions au problème de l'objection de conscience dans les limites de la constitution. Des travaux dans ce sens sont en cours à deux niveaux. D'une part, il s'agit de décriminaliser l'exécution de la peine frappant les objecteurs de conscience authentiques et, d'autre part, il s'agit d'inclure dans une loi la réglementation du Conseil fédéral sur le service militaire sans armes.

Une commission d'étude, au sein du département, a été chargée d'élaborer un projet en vue d'une modification du Code pénal militaire et de la loi fédérale sur l'organisation militaire. L'avant-projet a fait l'objet d'une vaste procédure

de consultation et le Conseil fédéral a pris connaissance du résultat de cette procédure il y a quelques semaines. Il a chargé alors le Département militaire fédéral d'élaborer un message et un projet de loi. Ce message est actuellement en voie d'élaboration et les Chambres fédérales auront vraisemblablement à s'en occuper dans le courant de l'année prochaine.

Les modifications proposées concernent certaines dispositions en faveur des objecteurs de conscience pour l'exécution de la peine: un service sous forme de travail qui ne figurera plus dans le registre central des peines et remplacera désormais la peine d'arrêt ou d'emprisonnement. Quant à la réglementation actuelle du Conseil fédéral concernant le service militaire sans armes pour les objecteurs de conscience, qui est limitée dans le temps, elle sera ancrée dans la loi fédérale sur l'organisation militaire.

Frage 44:

Reichsteiner. Pilatus-Flugzeuge für die Contras Achat par les Contras d'avions Pilatus

Nach Pressemeldungen ist inzwischen offiziell bestätigt worden, dass die Contras (FDN) Leichtflugzeuge beim Stanser Werk Pilatus kaufen werden. Sind dem Bundesrat diese Informationen bekannt? Kann er es unter diesen Umständen noch verantworten, den Verkauf dieser Flugzeuge nicht als Kriegsmaterialexport zu betrachten? Nimmt er in Kauf, dass Pilatus-Flugzeuge gegen zivile Ziele und schweizerische Entwicklungsprojekte eingesetzt werden?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La Confédération n'a jamais entendu parler d'une telle affaire. Elle s'est donc renseignée auprès de l'entreprise Pilatus elle-même, laquelle nous affirme n'avoir jamais eu de contacts, même indirects, avec l'organisation des Contras. Il n'a donc jamais été question que Pilatus vende des avions à cette organisation.

Question 45:

Magnin. Die Armee im Dienst der privaten Werbung L'armée au service de la publicité privée

Tous les militaires incorporés dans les troupes de DCA ont reçu une lettre les invitant à participer avec leur famille et leurs amis à la célébration du jubilé «50 ans de défense contre avions» qui a eu lieu samedi à Emmen.

Dans la même lettre écrite sur papier officiel et signée du Cdt de la brigade DCA 33 nous lisons également ce qui suit: «Permettez moi d'attirer votre attention sur un livre (Editions Ringier, français et allemand) qui va paraître à l'occasion de cet événement et que vous pourrez acquérir le 4 octobre à Emmen». Et à la lettre est joint un luxueux dépliant publicitaire de la maison Ringier en faveur de ce livre.

Je demande au Conseil fédéral s'il estime admissible qu'un officier supérieur de l'armée se transforme en agent publicitaire dans l'exercice de ses fonctions et qu'il utilise à cette fin papier et enveloppe officiels, de même que la franchise de port?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le jubilé «50 ans de défense contre avions» a eu lieu à Emmen, samedi dernier. C'était une manifestation militaire officielle qui a d'ailleurs connu un très grand succès de participation. A cette occasion, le commandant de la brigade DCA avait invité tous les membres des groupes de la DCA à titre officiel.

Le livre qui est consacré aux troupes de défense contre avions et qui a paru dans le cadre de ce jubilé a été conçu en étroite collaboration entre la maison éditrice et le commandement des troupes d'aviation et de DCA.

L'armée, Monsieur Magnin, a tout intérêt à ce que l'ouvrage d'information soit lu par le plus grand nombre possible de membres des troupes de DCA. C'est pourquoi le Conseil fédéral juge tout à fait admissible que le commandant de la brigade ait joint à son invitation un prospectus pour ce livre. En agissant ainsi, il ne s'est pas mué en agent publicitaire d'une maison d'édition, mais il a cherché à faire mieux connaître la troupe qu'il commande.

M. Magnin: Je ne m'attendais guère à une autre réponse. En effet, depuis quelque temps, nous savons bien que l'armée se spécialise dans les «shows» de toute nature. Tout de même, de là à justifier qu'un livre – bien que traitant de la DCA – diffusé par une entreprise privée fasse l'objet d'une publicité dans le cadre d'une telle opération qui bénéficie encore une fois, de la part de la poste, de la franchise de port notamment, me paraît tout de même créer un fâcheux précédent, ne le trouvez-vous pas?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Non, Monsieur Magnin, la situation que vous connaissez est la suivante: cette armée est une armée de milice, l'activité qu'elle conduit et à laquelle s'intéresse très vivement la population est publique. Il est dès lors normal qu'un certain nombre de documents soient portés à la connaissance du public, et relatent l'histoire de cette armée, ses problèmes et les solutions qui y sont apportées. Lorsque l'éditeur d'un tel livre, qui est privé, prend la décision de le publier, cela ne peut que contribuer qu'à augmenter, améliorer, élargir cette information dont nous avons besoin et, par conséquent, cela devient un élément porteur de l'information qui doit aller au public et qui contribue à renforcer des liens de confiance.

En remettant ce prospectus dans un pli destiné à inviter tous les membres de la DCA, nous ne compromettons pas notre indépendance, nous ne jouons pas les agents de publicité de cette entreprise, nous faisons essentiellement de l'information, profitable à la bonne cause de l'armée de milice à laquelle vous êtes, vous-même, si profondément attaché! Pour le reste, je vous rappelle Lamartine selon qui «Dieu lui-même a besoin des cloches». Je vous laisse tirer vos conclusions.

Präsident: Die Fragen, die das EDA betreffen, werden ebenfalls von Bundesrat Delamuraz beantwortet.

Question 46:

Magnin. Verbot der Atomversuche Interdiction des essais nucléaires

L'avenir de l'humanité est lié à la mise hors la loi des armes nucléaires. Et la première étape sur cette voie est l'arrêt puis l'interdiction de tous les essais nucléaires. L'Union soviétique a fait des propositions précises à ce propos et s'impose depuis de nombreux mois un moratoire.

Il est dans l'intérêt évident de notre pays, de notre peuple, qu'un accord intervienne dans ce domaine, accord qui ne dépend pas seulement des puissances nucléaires. Tous les peuples étant concernés, tous les gouvernements devraient faire entendre leur voix.

Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas que le moment est particulièrement propice pour faire connaître son opinion pour prendre, seul ou avec d'autres pays neutres et non alignés, une ou des initiatives pouvant contribuer à favoriser la signature d'un tel accord?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral le rappelle avec toute la netteté désirable, la Suisse est en faveur de la conclusion d'un traité d'interdiction totale des essais nucléaires, tel que stipulé dans les préambules de l'accord d'interdiction partielle des essais nucléaires de 1963 et du traité de non-prolifération des armes nucléaires de 1968. Sur cette base, la Suisse est intervenue à plusieurs reprises en faveur de la conclusion d'un tel traité et elle continuera, inlassablement, dans cette voie. Quant aux moyens à choisir, il s'agit d'être efficace. Dans le climat d'aujourd'hui, il serait peu efficace de lancer les neutres et les non-alignés, non-membres du Club atomique, dans une initiative unilatérale. Cette question ne peut s'inscrire que dans le cadre global de négociations entre grandes puissances nucléaires. Aider de toute nos forces à la tenue de telles négociations, y contribuer, directement ou indirectement: nous sommes tout à fait d'accord. En revanche, partir dans des initiatives unilatérales, cela équivaudrait à partir en éclaircur solitaire et candide; ce serait touchant, peut-être même spectaculaire, mais paraîtrait inefficace dans

l'état actuel des choses. Gardons donc nos forces pour une opération réellement efficace.

Frage 47:

Müller-Meilen. KSZE. Schlussakte der Konferenz von Wien Document final de la réunion de Vienne

Wie gedenkt die schweizerische Delegation an der KSZE-Konferenz in Wien den in der Schlussakte festgelegten Zielen einer bessern Beachtung der Menschenrechte, des ungehinderten Informationsflusses und der freien Ein- und Ausreise Nachachtung zu verschaffen?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Dès le début du processus de la Conférence de sécurité et de la coopération en Europe, la Suisse s'est toujours efforcée de veiller à ce que le développement de la troisième corbeille (c'est-à-dire les domaines humanitaires, de l'information, de la culture) ne soit pas négligé par rapport à la première corbeille qui, elle, traite des questions de sécurité. En effet, on pourrait craindre que les aspects militaires soient pris en compte exclusivement et que l'on oublie qu'une paix durable ne peut pas s'instaurer si les droits de l'homme et les libertés individuelles – objet de la troisième corbeille précisément – ne sont pas respectés.

A Vienne, la délégation suisse dénoncera les violations des droits de l'homme. Sans rechercher la polémique, elle n'hésitera pas à constater que le bilan, dans le domaine humanitaire, est loin d'être satisfaisant. La Suisse sera favorable à l'adoption de textes améliorant les modalités d'application des dispositions existantes. De plus, la délégation suisse profitera du cadre de la réunion de Vienne pour résoudre bilatéralement le plus grand nombre de cas individuels.

En ce qui concerne le domaine de l'information, la Suisse a, avec d'autres pays participants, l'intention de proposer la convocation, après Vienne, d'un forum sur les médias. A notre avis, ce forum devrait prévoir, outre la présence de représentants des gouvernements, la participation de journalistes. Il devrait donc avoir le caractère du forum culturel qui s'est tenu à Budapest en 1985, où des représentants du monde de la culture ont été intégrés aux délégations des pays participants. Le forum sur les médias aurait pour but d'améliorer les flux d'informations et les conditions de travail des journalistes.

Frage 48:

Allenspach. Nationalisierungsentschädigung DDR Biens nationalisés en RDA. Indemnisation

In der Antwort auf die Einfache Anfrage Graf vom 20. Juni 1985 hat der Bundesrat in Aussicht gestellt, dass die nächste Verhandlungsrunde Ende 1985 oder Anfang 1986 stattfinden wird.

Hat diese Verhandlungsrunde stattgefunden, und sind Resultate erzielt worden? Wann können greifbare Ergebnisse erwartet werden, und werden die betroffenen Schweizer über Stand und Fortschritt der Verhandlungen orientiert?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le dixième tour des négociations au niveau des chefs de délégations a eu lieu en février 1986 à Berlin et il a permis de régler toutes les questions de détail. Ainsi, la version finale du texte d'un éventuel accord et le montant global de l'indemnisation feront l'objet d'un onzième tour de négociations, qui commencera le 14 octobre prochain à Berne. C'est à ce moment-là que nous saurons s'il est possible ou non de conclure un accord qui soit acceptable pour la Suisse en cette matière. Le Département fédéral des affaires étrangères renseigne régulièrement, dans le cadre de contacts informels mais très bien établis, les Suisses qui sont intéressés au déroulement de ces négociations. Il continuera de le faire.

Frage 49:

Lüchinger. Waffenbesitz eines schweizerischen Entwicklungshelfers in Nicaragua

Coopérant suisse au Nicaragua en possession d'armes

Der in Costa Rica vom ehemaligen Chefredaktor der nicaraguanischen «La Prensa» herausgegebenen Zeitungsbeilage «Nicaragua» vom 13. September 1986 ist zu entnehmen, dass der in Nicaragua getötete schweizerische Entwicklungshelfer Ivan Leyvraz über drei Sturmgewehre verfügt haben soll. Drei entsprechende Waffenscheine sind abgebildet. Der zuständige Sachbearbeiter des EDA soll von diesem Waffenbesitz mindestens nach dem Todesfall Kenntnis gehabt haben.

Trifft dies zu? Wenn ja, warum wurde die schweizerische Öffentlichkeit über diese für die Beurteilung wichtige Tatsache nicht orientiert?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le volontaire Ivan Leyvraz, employé de l'Oeuvre suisse d'entraide ouvrière, a été victime d'une attaque de la «Contra» au Nicaragua le 28 juillet. Des photos prises avant sa mort et projetées par la Télévision romande le 29 juillet durant le téléjournal du soir montraient qu'il était armé. Le journaliste s'est d'ailleurs entretenu de cette question avec un volontaire suisse qui venait de rentrer de ce pays et qui a confirmé qu'Ivan Leyvraz portait une arme à certaines occasions. Les responsables de l'Oeuvre suisse d'entraide ouvrière ne l'ont jamais nié.

A la suite d'un communiqué de l'Agence télégraphique suisse du 10 novembre, cette question a été mentionnée de nouveau dans la presse de notre pays, notamment dans certaines éditions du lendemain, lorsque des photocopies de permis de port d'arme ont été diffusées. Quelques jours plus tard, des journaux du Honduras et du Costa Rica en faisaient également mention. Le Département fédéral des affaires étrangères n'a jamais tu cette information qui, d'ailleurs, pouvait être connue de chacun.

A notre connaissance, Ivan Leyvraz n'a jamais fait usage de ses armes.

En ce qui concerne les coopérants de la Direction de la Coopération au développement et de l'aide humanitaire, ils ont ordre de ne pas porter d'armes. Ces ordres ont été étendus, le 8 août dernier, à tous les volontaires d'oeuvres suisses d'entraide dont la DDA cofinance les projets.

85.060

Warenbezeichnung. Harmonisiertes System und Zolltarif. Anpassung

Désignation des marchandises.

Système harmonisé et tarif des douanes.

Adaptation

Siehe Seite 1057 hiavor – Voir page 1057 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 29. September 1986
Décision du Conseil des Etats du 29 septembre 1986

Differenzen – Divergences

Zolltarifgesetz – Loi sur le tarif des douanes

Art. 8 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 8 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

M. Gautier, rapporteur: Je vous rappelle très rapidement la situation. Lors de notre premier débat sur cet objet, nous

Fragestunde

Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.10.1986 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1316-1323
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 651

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.